



Foto: Bert Butzke

Ist die deutsche Schulpolitik noch zeitgemäß?

## Es darf kein Kind verloren gehen

Der Bundespräsident hat Anfang Mai 2007 einen Hauptschulpreis vergeben und damit eine Hauptschule für ihre besondere pädagogische Arbeit ausgezeichnet. Etwa zur gleichen Zeit haben fast 100 Direktoren von Grund- und Hauptschulen in Baden-Württemberg an ihren Kultusminister geschrieben und ein Ende des dreigliedrigen Schulsystems und damit der isolierten Hauptschule gefordert. Sie stellen fest, dass zahlreiche so genannte „Reformen“ der Hauptschule als „Wundermittel“ angepriesen werden, obwohl viele Programme wie etwa das „Fitness-Programm“ oder das individuelle und selbsttätige Lernen seit Jahrzehnten praktiziert werden und die Hauptschule als die „innovative Schulart der Sekundarstufe“ gilt. Die „Abwahl“ der Hauptschule durch die Eltern liegt also nicht oder nicht vorrangig an der Qualität der Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer in den Hauptschulen, sondern muss andere Gründe haben.

Das dreigliedrige Schulsystem ist hierarchisch aufgebaut mit dem Gymnasium „ganz oben“ und der Hauptschule am Ende. Es ist verständlich, wenn Eltern für ihr Kind den höchstmöglichen Schulabschluss mit den besten Berufschancen suchen und die Hauptschule infolge der gesetzlich verordneten Selektion nach dem vierten Grundschuljahr nur gezwungenermaßen akzeptieren.

Es bleibt unverständlich, dass sich Kultusminister im Zeitalter der Globalisierung und in einem vereinigten Europa nicht an den Ergebnissen internationaler Untersuchungen und Erfah-

rungen orientieren, sondern an einem Schulsystem festhalten, das unter den Aspekten Gerechtigkeit, Integration und Leistung keinem internationalen Vergleich standhält. Es grenzt an Ideologie, wenn das integrative Schulsystem als „Einheitsschule mit Gleichmacherei“ bezeichnet wird, obwohl empirische Studien genau das Gegenteil beweisen. In Deutschland gibt es mit dem dreigliedrigen Schulsystem ein einzigartiges Modell, das die Kinder nach nur vier gemeinsamen Schuljahren auf drei hierarchisch aufgebaute Schularten zwangsmäßig verteilt. Auf solch eine Idee käme heute niemand, der eine Schule entwerfen und entwickeln müsste. Sind deutsche Kinder anders als die restlichen Kinder dieser Welt?

Lässt es sich überhaupt mit dem christlich-demokratischen Grundsatz von Gerechtigkeit im Parteiprogramm vereinbaren, Kindern vorzeitig die Möglichkeiten zu einer höher bewerteten Schulbildung und damit verbundene Berufschancen zu nehmen? Welche Gesinnung vermitteln wir Kindern, wenn diese im Alter von neun oder zehn Jahren oft schmerzhaft erfahren müssen, dass sie aufgrund gesetzlicher Bestimmungen in drei Kategorien eingeordnet werden, die dann wohl auch im späteren Leben gelten würden? PISA und andere Untersuchungen haben die „sozialintegrative Schwäche“ des dreigliedrigen Schulsystems wiederholt bescheinigt.

Österreich und Liechtenstein, die bisher nach dem 4. bzw. dem 5. Schuljahr die Schülerinnen und Schüler trennten und in verschie-

*Unter den Aspekten Gerechtigkeit, Integration und Leistung hält das deutsche Schulsystem keinem internationalen Vergleich stand. Im Interesse der Förderung aller Kinder sind ein Mehr an Integration und eine klare Absage an frühe Auslese nötig.*

dene Schularten einwiesen, gehen zu einem integrativen Schulsystem über. Polen hat bereits vor sieben Jahren nach der ersten PISA-Studie sein gegliedertes in ein integratives Schulsystem nach skandinavischem Modell umgestellt. Und Deutschland?

Unsere jetzige Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag dem „Nationalen Aktionsplan für ein kindergerechtes Deutschland“ von 2005 zugestimmt und sich dessen Forderung angeschlossen, „das derzeit selektive Bildungssystem umzugestalten“. Durch die Föderalismus-Reform haben die Bundesländer die Bestimmungshoheit für ihre Schulen übertragen bekommen. Es ist zu hoffen, dass die Aussagen des Aktionsplanes auch für sie gelten. Festzustellen ist, dass Konkurrenz und Wettbewerb zwischen den Ländern stärker betont werden als bisher. Nationale Vergleiche zwischen den Bundesländern sind aber nichts anderes als „Augenwischerei“. Zum einen gibt es noch in keinem Land ein flächendeckendes Angebot an integrativen Schulen, die daher in eine Beurteilung auch nicht einfließen können; außerdem mutet ein solcher Vergleich an wie eine Diskussion zwischen Angehörigen einer Zweitliga. Maßstab besonders für einen mächtigen Industriestaat in einem vereinigten Europa und im Zeitalter der Globalisierung können nur internationale Vergleiche sein, und deren Ergebnisse sind hinreichend bekannt. Das selektive Schulsystem muss auch aus allgemein gesellschaftlichen Gründen abgeschafft werden. Wenn Soziologen warnen, dass „Kinder zu einem knappen Gut“ werden, dann darf „kein Kind verloren gehen“, wie die Maxime der finnischen Bildungspolitik lautet.

Es ist auch in Niedersachsen trotz aller gegenteiligen Äußerungen nicht davon auszugehen, dass selbst die jetzige Landesregierung am dreigliedrigen Schulsystem und damit an der Hauptschule auf Dauer festhält. Die Entwicklung müsste danach zur Schließung zahlreicher Hauptschulen führen. Zu erwarten ist der Irrweg zu einem „Zwei-Säulen-Modell“, d. h. die Zusammenfassung von Haupt- und Realschulen, wo immer es möglich ist. Das Gymnasium bliebe davon getrennt als die Schule für erlesene Schülerinnen und Schüler. Damit bliebe das Hauptmerkmal des dreigliedrigen Schulsystems, die Selektion, erhalten. Das dreigliedrige würde nur in ein zweigliedriges System umgewandelt. Erhalten bliebe auch die Hierarchie. Selbst bei einer neuen Benennung der neuen Schulart von Haupt- und Realschule bliebe bei den Schülerinnen und Schülern die Einstellung „die da oben“ und „wir da unten“ mit allen soziologischen Folgen. Und es bliebe auch die Möglichkeit der Abgabe „nach unten“ anstelle der Förderung und Mitnahme eines jeden Kindes. Ein solches „Zwei-Säulen-Modell“ diene nicht der Integration, sondern verschärfte die Selektion, das Grundübel des gegliederten Schulsystems. Quo vadis, deutsche Bildungspolitik?

HERBERT KASTNER

Literatur: Spiegel Online, 09.05.2007